

Antrag

Der Gemeinderat beschließt, eine Beratungsstelle für Arbeitslose und ALG II-Empfänger einzurichten.

Hierzu werden die entsprechenden Räumlichkeiten und ein jährlicher Etat von 1000,-€ in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Arbeitslosigkeit bleibt eine der großen Herausforderungen in unserer Gesellschaft. Die Betroffenen brauchen eine von den Verwaltungen unabhängige Anlaufstelle für Informationen und Unterstützung, in der ihnen bei der Bewältigung von Hürden geholfen wird, z.B. bei

- Anträgen auf Leistungen aus dem Bildungspaket der Bundesregierung
- der Prüfung von Bescheiden der ARGE und ggf. beim Verfassen von Widersprüchen
- allen Vorgängen in Fragen von ALG I und II
- der Kontaktaufnahme in Ämtern, Behörden und anderen Beratungsstellen
- der Erstellung von Bewerbungsunterlagen
- der Recherche und Nutzung der Stellenangebote in Zeitungen und im Internet

Erfolgreiche Beispiele solcher Initiativen, die auf ehrenamtlicher Basis durchgeführt werden, bestehen bereits in Bietigheim mit der Ökumenischen Arbeitslosenberatung und in Ludwigsburg mit dem Arbeitslosenzentrum e.V.

Für DIE LINKE



Friedhelm Hoffmann